

Zum 20. Juli 1944

Erkenntnis und Bekenntnis

Von MAX PRIBILLA S. J.

Nun jährt sich zum zehnten Mal der Tag, der als 20. Juli in das Gedächtnis des deutschen Volkes eingegangen ist und an dem sich nur Feigheit oder geistige Stumpfheit mit dem Achselzucken der Gleichgültigkeit vorbeischleichen kann. Wie immer man zu diesem Tage stehen mag, an dem mutige und ihr Vaterland liebende Männer mit dem Einsatz ihres Lebens sich gegen eine unerträglich gewordene Gewaltherrschaft erhoben haben — der 20. Juli hat etwas sehr Wesentliches in unserem geschichtlichen und nationalen Denken geändert. Wir können nicht mehr zurückfinden in die naive Unbefangenheit, mit der wir früher unser politisches und besonders das militärische Tun empfanden und beurteilten. Der 20. Juli steht wie eine Sphinx am Wege in die deutsche Zukunft. Darum ist er nicht nur ein Gedenktag an die ungezählten Opfer der mißglückten Erhebung, sondern vor allem ein Tag der Selbstbesinnung, was wir aus ihm lernen können und sollen. Dieser Tag stellt uns wahrhaftig vor sehr schwierige Probleme, die weder mit Begeisterung noch mit Entrüstung zu lösen sind, sondern die größte Sachlichkeit erfordern. Und da Uneigennützigkeit keineswegs zu den hervorstechendsten Merkmalen des politischen und nationalen Lebens gehört, muß auch immer noch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der 20. Juli mißverstanden und zu nicht einwandfreien Zwecken ausgenutzt wird.

Es kann nicht wundernehmen, daß ein in der deutschen Geschichte so einmaliges Ereignis wie der 20. Juli — der hier als Gipfelpunkt des deutschen Widerstandes gegen Hitler gilt — die Geister mächtig aufgewühlt hat und noch immer sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für sensationslüsterne Neugier der Anstoß für unablässige Fragen nach den Einzelheiten der Vorgänge und den Beweggründen der Täter ist. So erklärt es sich, daß die einschlägige Literatur im In- und Ausland geradezu unüberschaubar geworden ist. Man vergleiche nur etwa das ausführliche Literaturverzeichnis bei Eberhard Zeller¹ oder bei Max Braubach,² der sich in einem zwar kurzen, aber sorgfältigen Forschungsbericht die schwierige Aufgabe gestellt hat, auf Grund des heute zugänglichen Quellenmaterials in die ver-

¹ Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli. München 1953, Hermann Rinn.

² Der Weg zum 20. Juli 1944. (S. 40) Köln und Opladen 1953, Westdeutscher Verlag. Br. DM 3,25. Abdruck auch in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 15. Juli 1953.

schlungenen Wege, die schließlich zum 20. Juli geführt haben, Licht zu bringen. Auch diese Zeitschrift hat sich wiederholt eingehend mit den Fragen befaßt, die durch den 20. Juli aufgeworfen sind (vgl. Bd. 148, Juni 1951, 165—167; Bd. 150, August 1952, 340—355; Bd. 152, Juli 1953, 241—248). Gerade zum zehnten Gedächtnistage erscheint, von Annedore Leber, der Witwe eines der Hingepferten, herausgegeben, die Gemeinschaftsarbeit: „Das Gewissen steht auf“,³ die als Gabe der Pietät aus einer großen Menge die Bilder von 64 Deutschen (Männern und Frauen) des deutschen Widerstandes 1933—1945 bringt und in beigegefügteten Texten einen Einblick in die seelische Verfassung und die Leiden derer gewährt, die lieber in den Tod gingen, als sich mit dem herrschenden Unrecht abzufinden. Wer diese Blätter nachdenklich betrachtet, gewinnt eine Ahnung, wie viele in schwerster Sorge durchwachte Nächte, wie viele heiße Gebete, wie viel Tränen und Blut der wehrlose Aufstand des Gewissens gegen die rohe Gewalt in sich begreift.

Das neue Deutschland, das aus dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus hervorgegangen ist, fühlt sich geistig den Männern des 20. Juli verbunden und hat sich auch offiziell wiederholt zu ihnen bekannt, wenn ihr Andenken von Unverstand oder Gehässigkeit geschmäht wurde. Aber der junge Staat mit seiner neugezimmerten Demokratie hat noch keine einprägsame Sprache der Formen und Symbole ausbilden können. Daher trägt auch seine Stellungnahme zum 20. Juli noch zu sehr den Charakter des Zufälligen und Gelegentlichen und so wissen wir eigentlich nicht recht, wie wir als Volk die Erinnerung an den 20. Juli begehen sollen. Dem furchtbaren Ernst dieses Tages, der mit dem Blut der besten und erlesensten Menschen unseres Volkes gerötet ist, kann es wohl nur entsprechen, wenn wir im Andenken an die vielen Opfer des deutschen Widerstandes uns ernstlich fragen, ob wir die Keime des Unheils, das in der Vergangenheit über uns gekommen ist, richtig erkannt haben und wirksam genug bekämpfen, um neues Unheil zu verhüten. Mancherlei Hemmnisse liegen hier an dem Wege zur richtigen Erkenntnis und zum mutigen Bekenntnis.

Der 20. Juli ist eine gewaltsame Erhebung, eine Tat des Widerstandes gewesen; er kann nur verständlich und gerechtfertigt werden, wenn die Ubel, gegen die sich der Aufstand richtete, klar herausgestellt werden, so daß er wirklich als äußerste Maßnahme, als ultima ratio in einer verzweiferten Lage erscheint. Der Widerstand war die Empörung aufrechter Männer, weil die Nazis in ihrem verbrecherischen Wahn eine „Zeit ohne Beispiel“ heraufgeführt hatten, an deren bloße Möglichkeit zu glauben viele Zeitgenossen sich weigerten, obwohl sie die Wirklichkeit vor Augen sahen. Wer die Wahrheit über die Männer des 20. Juli wissen will, muß also den Feind kennen, gegen den sie aufstanden. Die Schandtaten der Nazis verschweigen, heißt ihre Widersacher ins Unrecht setzen und ihnen die Ehre rauben, auf die sie Anspruch haben. Wir dürfen uns nicht scheuen, das wahrheitsgemäß zu schildern, was Pius XII. am 2. Juni 1945 kurz nach dem Zusammenbruch

³ Berlin-Frankfurt/Main 1954, Mosaik-Verlag. (237 S.) Hln. DM 14,80.

das „satanische Gespenst“ des Nationalsozialismus genannt hat (AAS 1945, 160). Das bedeutet aber mit anderen Worten, daß wir klar erkennen und ehrlich bekennen: „Das Dritte Reich war nicht nur das größte Unglück, das dem deutschen Volke in seiner Geschichte widerfuhr, sondern auch seine größte Schande.“⁴ Bei dieser Erkenntnis und diesem Bekenntnis darf es kein Wenn und Aber, kein Einerseits - Anderseits geben.

Aber diese Forderung klingt hart und wird nur widerwillig gehört. Kein Volk verweilt gern bei den dunklen Schatten seiner Vergangenheit; ein jedes möchte in seiner Geschichte Gründe innerer Erhebung und Antriebe zum Guten sehen. Somit bestehen starke Hemmungen, das, was die nationale Ehre trübt, unverfälscht ans Licht zu ziehen.⁵ Das gilt schon von Fehlern und Niederlagen, die keinen moralischen Makel einschließen, und es gibt sehr ehrenwerte Gründe, um über die Geschichte seines Volkes zu schweigen. Als man z. B. an Freiherrn von Wessenberg, der auf dem Wiener Kongreß neben Metternich und Stadion Österreich vertrat und in hohem Alter während der Revolution von 1848 an der Spitze des Ministeriums stand, die Frage stellte, ob er sein reiches Leben nicht selbst schildern wolle, erwiderte er: „Ich liebe mein Vaterland zu sehr, um seine Geschichte zu schreiben.“⁶ So mag sich auch in unserer sonst so redseligen Zeit das Verhalten vieler Wissenden erklären, die selbst im vertrauten Kreise über das, was sie im Dritten Reich erlebt und erlitten haben, geflissentlich schweigen, weil es zu traurig und niederdrückend war und es ihnen peinlich ist, den Schleier davon zu heben. Dieser Drang, das Vergangene möglichst dicht zuzudecken, wird noch wesentlich verstärkt, wenn Schuldgefühle hinzukommen, die im Vergessen Rettung und Selbstschutz suchen.⁷

Der 20. Juli zwingt die Deutschen, nicht zu vergessen, was während zwölf Jahren in den deutschen Landen und in den besetzten Gebieten geschehen ist, und sich ehrlich der Wirklichkeit zu stellen, mag sie noch so beschämend sein. Sie sollen sich nicht feige mit den Fehlern und Greueln der anderen entschuldigen, sondern bis in die tiefste Seele darüber erschauern, welche Verbrechen im Namen des deutschen Volkes begangen worden sind. Dann werden sie denen dankbar sein, die von sich und ihrem Volk solche Verbrechen abwehren und wieder dem Recht zum Siege verhelfen wollten. Die Wahrheit über das zu verbreiten, was gewesen ist, ist die erste Pflicht, die wir den Menschen des Widerstandes in einer heillos verwirrten Zeit schulden. Wenn mit dem Jahre 1945 eine Epoche der deutschen Geschichte zu Ende gegangen ist, dann muß ihr auch eine neue Epoche der deutschen Ge-

⁴ Fr. Meinecke, Die deutsche Katastrophe (Wiesbaden 1946), S. 127.

⁵ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 152 (Juni 1953), S. 225.

⁶ Vgl. Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860.³ I (Stuttgart-Berlin 1908), Einl. VIII.

⁷ Zum 3. Dezember 1939 vermerkt Theodor Haecker in seinem Tagebuch: „Man darf annehmen, daß die Deutschen, bewußt und unbewußt, alles tun werden, um ungefähr alles, was heute gesprochen, geschrieben und getan wird, so rasch wie möglich zu vergessen. Erinnerungen an eine Schuld lasten, sie sind ‚lästig‘. Wo der Mensch kann, wirft er sie ab.“ (Tag- und Nachtbücher 1939—1945, München 1947, Kösel, S. 24.)

schichtsschreibung folgen, die zuerst und vor allem dem eigenen Volk die Wahrheit zu sagen hat. Die Sedan-Stimmung, die einen großen Teil unserer früheren Vaterländischen Geschichte beherrschte und verwirrte, hat erst recht keinen Sinn, nachdem die Geschichte so Furchtbares mit uns und durch uns veranstaltet hat. Die deutschen Historiker werden daher vieles an ihren alten Kollegheften ändern müssen und haben so Gelegenheit, für ihre Versäumnisse während des Dritten Reiches eine Art Sühne zu leisten. Mit Recht hat Theodor Litt⁸ daran erinnert, „wie gering die Zahl der Historiker gewesen ist, denen ihre Wissenschaft ein Talisman gegen die Suggestionen der offiziellen Gesinnungsmache war und die ihr historischer Scharfblick auch gegenüber derjenigen Geschichte nicht im Stiche gelassen hat, die sich, alles Vergangene an Eindruckskraft überbietend, vor ihren Augen abspielte oder vielmehr sie selbst in ihrer Strömung mittrug. Wenn unter denjenigen, deren Amt es gewesen wäre, das geschichtliche Bewußtsein der Allgemeinheit von Trübungen und Verfälschungen rein zu halten, so mancher sich selbst dazu hergegeben hat, der propagandistischen Geschichtsklitterung Hilfsstellung zu leisten, dann darf man sich wahrlich nicht wundern, daß die vielen, die von methodischer Denksucht nichts wußten, so widerstandslos dem historisch maskierten Seelenfang ins Garn gegangen sind.“

Aber der Ausgang des Dritten Reiches lehrt nicht nur, wie sehr sich die Deutschen von den Nazis durch ein falsches, verzerrtes Geschichtsbild betören ließen; er zeigt auch, wie ratlos und unentschlossen sie dastanden, als ihr ganzer Staatsapparat immer mehr in verbrecherische Hände geriet und sich, statt zu ihrem Nutzen, zu ihrem Verderben auswirkte. In ihrem übersteigerten Subordinationsgeiste fügten sie sich geduldig und gehorsam dem Staat, der durch den ungeheuerlichen Mißbrauch seiner Gewalt längst zum Unrechtsstaat geworden war. Es blieb ihnen verschlossen, daß in einem völlig zerrütteten Staat in vielfacher Hinsicht die Vorzeichen für das Verhalten seiner Bürger in ihr Gegenteil umgekehrt werden müssen, Gehorsam zur Schuld und Ungehorsam zur Pflicht werden kann.⁹ Diese Unwissenheit und Unsicherheit in grundlegenden Fragen des öffentlichen Rechts hat nicht wenig dazu beigetragen, daß der deutsche Widerstand, der hier und da aufflackerte, nie zu einem Volksaufstand zusammenwuchs und auch die Männer des 20. Juli sich einsam und verlassen fühlten.

Hier zeigt es sich, wie sehr der 20. Juli in seinen Vorbedingungen und Auswirkungen in das Gebiet einer politischen Charakterbildung hineinreicht, das — im Unterschied zu den Angelsachsen — für das deutsche Volk noch ziemliches Neuland ist. Wie ganz anders wäre die deutsche Geschichte verlaufen, wenn auch in unseren Lehrbüchern ein programmatischer Satz zu finden gewesen wäre, wie ihn jedes amerikanische Schulkind in der berühm-

⁸ Wege und Irrwege geschichtlichen Denkens (München 1948, Piper), S. 36.

⁹ Vgl. Lessius (1554—1623): „Republica enim perturbata et tyrannide oppressa, multo licent, quae alias sunt illicita“ (De iustitia et iure, lib. 2, c. 9, dubitatio 18, n. 123; edit. 7a, Antwerpen 1632, p. 106).

ten Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 zu lesen bekommt: „Wir halten diese Wahrheiten für in sich einleuchtend: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß unter diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sind; daß zur Sicherung dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt sind, die ihre gerechten Vollmachten von der Zustimmung der Regierten ableiten; daß, wenn immer eine Regierungsform für diese Zwecke zerstörend wird, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die sich auf solchen Grundsätzen aufbaut und ihre Befugnisse in solcher Form festsetzt, wie sie ihm am geeignetsten erscheinen, um seine Sicherheit und sein Glück zu bewirken“ (Propyläen-Weltgeschichte VI, 464).

Die Befassung mit dem 20. Juli führt folgerichtig zu entscheidenden Fragen geschichtlicher, militärischer, rechtlicher und moraltheologischer Art, auf die es — zumal außerhalb der Fachwissenschaft — nicht leicht ist, eine klare, allgemein befriedigende Antwort zu geben. Aus diesem Grunde wurde im Frühjahr 1952 in München auf Anregung des Generalmajors a. D. Hermann von Witzleben, eines Vetters des am 8. August 1944 hingerichteten Feldmarschalls Erwin von Witzleben, unter der Bezeichnung „Europäische Publikation“ eine Arbeitsgemeinschaft von Offizieren, Historikern, Juristen und Theologen gegründet, die sich das Ziel setzte, die Geschichte der militärischen Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Gewaltsystem an Hand der bereits greifbaren Unterlagen und von Befragungen noch lebender Zeugen zu erforschen und darüber eine zusammenfassende Darstellung vorzulegen. Teile dieser Publikation, die um sachliche Verständigung bemüht ist, sind als Vorabdruck seit dem 4. Mai 1954 in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ erschienen.

Nur das sei zum Schluß bemerkt, daß man die Tat des 20. Juli nicht gründlicher mißverstehen könnte, wollte man in ihr eine Untergrabung der soldatischen Zucht und eine Aufforderung zum Ungehorsam sehen. Die Männer des deutschen Widerstandes wollten ja gerade die Rechtsordnung wiederherstellen, die durch eine verbrecherische Regierung in ihr Gegenteil verkehrt war. Auf den ersten Seiten seiner „Summa theologica“ deutet Thomas von Aquin¹⁰ die rechte Ordnung an, daß nämlich das Heer nicht Selbstzweck sei, sondern dem Wohl des Staates zu dienen habe. Und vor dem Hereinbrechen des großen Unheils hat der Generalstabschef des deutschen Heeres, Generaloberst Ludwig Beck (im Juli und August 1938) auf diesen wichtigen Zweckzusammenhang hingewiesen, als er in nachdrücklichster Weise an die Pflicht der Generale erinnerte: „Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehles verbietet ... Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten

¹⁰ S. th. 1, q. 1, a. 5: „Bonum exercitus ad bonum civitatis ordinatur“.

Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden.“

Der 20. Juli ist jedoch nicht nur eine Absage an den Ungeist des Nationalsozialismus, der über das deutsche Volk und die ganze Menschheit namenloses Leid gebracht hat; er ist darüber hinaus für unsere von totalitären, entseelenden Mächten bedrohte Welt eine eindrucksvolle Warnung vor der Verkehrung der moralischen Wertordnung. Um den Menschen und die Menschenwürde zu retten, genügen nicht Nur-Soldaten, Nur-Wissenschaftler und Nur-Techniker, die auf ihrem Fachgebiet Überragendes leisten mögen, aber sich kein Gewissen daraus machen, welchen Zwecken die Arbeit ihres Geistes und ihrer Hände dient. Über dem 20. Juli steht in leuchtenden, aber blutroten Lettern die ernste Mahnung: Weicht der Verantwortung nicht aus!

Vom Empire zum Commonwealth

Von PAUL ROTH

Am Weihnachtstag 1953 hielt Königin Elisabeth II. von England von Auckland in Neuseeland aus ihre traditionelle Rundfunkansprache „an alle ihre Völker im ganzen Commonwealth“. Sie ging darin aus von einem Vergleich Englands zur Zeit ihrer Vorgängerin gleichen Namens mit dem britischen Reich von heute und wies hin auf die Leistungen der Pioniere der Tudor- und der Stuart-Zeit. Dann fuhr sie fort: „Aus dem Empire, dessen Rahmen sie gebaut haben, ist eine weltweite Gemeinschaft der Nationen entstanden. In dieser Gemeinschaft steht das Vereinigte Königreich als gleichberechtigter Partner neben vielen anderen stolzen und unabhängigen Nationen, und es führt weitere, heute noch zurückgebliebene Völker zum gleichen Ziel. Alle diese Nationen haben mitgeholfen, unser Commonwealth zu schaffen, und alle sind gleichermaßen bemüht, es zu erhalten, weiterzuentwickeln und gegen jede Herausforderung, die kommen mag, zu verteidigen. In dieser Gestalt weist das Commonwealth keine Ähnlichkeit mit den Reichen der Vergangenheit auf. Es ist eine völlig neue Konzeption, gegründet auf die edelsten Eigenschaften des menschlichen Geistes, auf Freundschaft, Treue und den Wunsch nach Freiheit und Frieden.“ Dann wies die Königin auf das Evangelium Christi hin, „der die Brüderschaft aller Menschen predigte“, und sie schloß: „Im Verfolg dieses höchsten Ideals nähert sich das Commonwealth ständig einer größeren Harmonie zwischen seinen zahlreichen Religionen, Rassen und Völkern, trotz der Unvollkommenheiten, die es wie jede menschliche Institution besitzt.“

Man kann annehmen, daß die Ausführungen der englischen Königin die autoritative Auffassung der britischen Regierung über Wesen und Aufgaben des Commonwealth enthalten. Zu deren Verständnis erscheint es angezeigt,